

Die Best-Practice-Datenbank der EU

Deutschland international nicht gut präsentiert

(BS/Franz-Reinhard Habel*) Über 12.000 Kommunen, 16 Bundesländer und der Bund stehen vor einer gewaltigen Transformation des Public Sector. Ziel ist es, Politik und Verwaltung auf die Herausforderungen durch die Globalisierung, durch die demografische Entwicklung und durch die neuen Möglichkeiten der Technologie neu auszurichten. Alle Strukturen und alle Aufgaben stehen deshalb auf dem Prüfstand. Das Verhältnis der administrativen Aufgaben zu den wertschöpfenden Tätigkeiten (heute 40:60) muss zu Gunsten mehr wertschöpfender Tätigkeiten in den Bereichen Bildung, sozialer Dienste und Sicherheit verändert werden (künftig 20:80).

Insbesondere die Städte und Gemeinden werden künftig stärker ihre administrativen Tätigkeiten mit Nachbarkommunen, oder auch darüber hinaus, im Verbund erbringen. Die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung lebt von praktischen Beispielen. Die weitgehende Homogenität der administrativen Aufgaben, wie zum Beispiel der Bereich der Register, verlangt nach einer besseren systematischen Vorgehensweise bei der Modernisierung. Ideal wäre eine "Architektur der Erneuerung", die aus verschiedenen Baustellen ein einheitliches Ganzes mit einer koordinierenden "unsichtbaren Hand" entstehen ließe. In einem föderalen System stößt ein solches Verfahren aber schnell an Grenzen.

Unabhängig davon sollten alle begonnenen bzw. erfolgreich abgeschlossenen E-Government-Modernisierungsprojekte in Bund, Ländern und Gemeinden transparent gemacht werden. Inzwischen gibt es in Deutschland eine Reihe von Datenbanken, die diese Aufgabe übernehmen. So wird auf Websites verschiedener Institute und Einrichtungen wie Fraunhofer-Institut, Bertelsmann-Stiftung und der Initiative D21 über Best-Practice berichtet. Die Informationen sind allerdings sehr zersplittert. Es bleibt häufig dem Zufall überlassen, wer welche Informationen über gute Beispiele in Deutschlands Verwaltungen bekommt. Gerade angesichts der Notwendigkeit verstärkter Zusammenarbeit kommt der Präsentation und Kommunikation von Projekten, Verfahren und Anwendungen eine immer größere Bedeutung zu.

Dies gilt auch für das paneuropäische E-Government. E-Government hat vor dem Hintergrund globaler Märkte und internationaler Sicher-

heitsstrategien längst staatliche Grenzen überschritten. Im nächsten Schritt müssen die Verwaltungen in Europa stärker miteinander vernetzt werden. Das wird nur gelingen, wenn die Verwaltungen sich besser unter einander kennen. Best-Practice Beispiele nehmen hier eine wichtige Funktion ein. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Europäische Kommission für Informationsgesellschaft und Medien kürzlich eine Datenbank für E-Government Best-Practice eingerichtet.

Die Datenbank ist im Internet unter www.egov-goodpractice.org verfügbar und soll ausgewählte E-Government Verfahren und Anwendungen vorstellen. Ziel ist es, die dort beschriebenen Projekte für andere im E-Government Bereich involvierte Personen in ganz Europa zugänglich zu machen. Dabei wird Expertenwissen für E-Government-Leistungen und ein schneller Zugang zu bereits bestehenden Communities angeboten. Darüber hinaus soll durch die Datenbank die nachhaltige gegenseitige Unterstützung durch einen Informations- und Erfahrungsaustausch angeregt werden.

Die Good Practice Beispiele im Bereich E-Government sind katalogisiert. Kernbestandteil der Webpräsentation sind eine Datenbank, eine Community-Plattform bzw. ein Community-Forum sowie ein Newsletter-System. Für die Einstellung von Informationen ist eine vorherige Registrierung notwendig. Vor der Veröffentlichung werden die eingestellten Informationen hinsichtlich ihrer Qualität, dem Umfang der Texte und der Korrektheit geprüft. Besonders gute Projekte werden mit "Good-Practice Labels" der Redaktion ausgezeichnet.

Die Seite enthält einen umfassenden

Newsbereich mit Meldungen zum Thema E-Government in Europa. Außerdem sind Publikationen und Dokumente zu Good-Practice Framework zu finden. Insgesamt sind derzeit 96 Einträge aus den unterschiedlichen Staaten Europas verzeichnet. Finnland und Italien sind hierbei auffallend stark vertreten. Lediglich sechs deutsche Projekte sind abrufbar. Diese Zahl sollte gesteigert werden, da in Deutschland weitreichende Bemühungen und auch konkrete Umsetzungen existieren, die lohnenswert sind, der Allgemeinheit zugänglich gemacht zu werden. Zumindest sollten die interessantesten Projekte aus MEDIA@KommTransfer in dieser Datenbank wiederzufinden sein. Deutschland hat bemerkenswerte Projekte, die es wert sind, international bekannt gemacht zu werden. "Tue Gutes und rede darüber", muss auch hier die Devise heißen.

Überwiegend sind es bisher Unternehmen, die ihre Produkte in der Datenbank präsentieren. Entsprechende Referenzen im öffentlichen Bereich werden angegeben. Wichtig ist es, dass künftig die Behörden selbst ihre Verfahren und Anwendungen dort vorstellen. Interessierte können dazu ab Anfang nächsten Jahres auch auf die Ressourcen des »Informationsbüros d-NRW« zurückgreifen. Das Informationsbüro ist ein von der EU gefördertes Kooperationsprojekt der ESG und hat sich die Verbreitung von E-Government-Lösungen zum Ziel gesetzt.

European Society for eGovernment e.V., Südstraße 133, 53175 Bonn, Tel.: 0228/3893511, Fax: 0228/3893555, E-Mail: info@egov-europe.de, www.egov-europe.de.

* Franz-Reinhard Habel ist Mitglied des Vorstandes der ESG e.V.